

10. Zutaten der Demokratie?

Transparenz und Mitbestimmung!

Die Bamberger Linke Liste setzt sich für eine größtmögliche Demokratisierung aller Prozesse der Stadtverwaltung und den städtischen Gesellschaften ein. Alle Menschen in Bamberg sollen unabhängig des Alters, der Herkunft, des Geschlechts oder der Religion mit niederschweligen Angeboten informiert und eingebunden werden. Alle Vorgänge in der Stadtverwaltung müssen transparent und zügig nachzuvollziehen sein. Denn die Stadtgesellschaft hat ein Recht darauf, ihre Anliegen und Forderungen zu formen und gut informiert abzustimmen. „Hinterzimmerpolitik“ ist ein Relikt des 20. Jahrhunderts, dass die Bamberger Linke Liste überwinden will.

**Die Menschen in der Stadt können sich selbst verwalten:
Die Stadt gehört euch!**

Unsere Maßnahmen für mehr Transparenz und Beteiligung:

- Alle Menschen sollen online, per Brief oder mündlich Anregungen und Vorschläge für die Tagesordnungen kommender Stadtratssitzungen einbringen können
- Junge Menschen sollen schon früh an demokratischen Prozessen teilnehmen können. Dafür sollen Vereine mehr Geld und Räume erhalten, um politische Bildungsarbeit zu leisten. Wir befürworten deshalb die Einführung eines Jugendparlaments mit substantiellen Mitbestimmungsmöglichkeiten. Das Jugendparlament muss von städtischen Verantwortlichen kontinuierlich unterstützt und aufrecht erhalten werden, wobei den Jugendlichen größtmögliche Selbstbestimmung überlassen werden muss.
- Die Stadtverwaltung soll in den Stadtteilbüros verstärkt Bürger*innensprechstunden in Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Organisationen vor Ort durchführen. Im besonderen Fokus steht die Vernetzung und Einbindung von älteren und ärmeren Menschen, sowie Personen mit Migrationshintergrund in die Quartiersentwicklung.

- Live-Übertragungen der Stadtratssitzungen und deren Aufzeichnung und Abrufbarkeit für die weniger mobilen Menschen sind einzuführen. Der Ort der Stadtratssitzungen muss barrierefrei und leicht zu erreichen sein.
- die Sitzungen der Aufsichtsräte der städtischen Unternehmen müssen im Regelfall öffentlich sein und können nur bei definierten schutzwürdigen Belangen nicht-öffentlich sein. Auch Kauf- bzw. Verkaufsverträge, wie im Falle des Lagarde-Geländes müssen nach außen kommuniziert und dazu Rede und Antwort gestanden werden.
- Bei der Erweiterung und Förderung von Mitbestimmungsmöglichkeiten muss die Stadt insbesondere auf sozial und wirtschaftlich schlechter gestellte Personengruppen Rücksicht nehmen, da ansonsten die politische Beteiligung weiter auseinander gehen wird. D.h. die Stadt muss speziell Angebote für Nicht-Gymnasiast*innen und weniger gut Verdienende einführen.
- Bürger*innenforen sollen statt einmal mindestens zweimal jährlich abgehalten werden. Vorher eingegangene Anträge müssen unter Berücksichtigung des Datenschutzes online zugänglich gemacht werden, damit Einwohner*innen sich vor den Sitzungen informieren können, ob sie explizit betroffen sind von den Themen oder nicht.
- Die Transparenz und der öffentliche Zugang zu Informationen bezüglich der Vergabepolitik von Investitionen in Bamberg sind auszubauen
- Wir fordern die Offenlegung der Nebeneinkünfte von gewählten Referent*innen und Bürgermeister*innen